



Pressemitteilung

Resolution zu Long-/Post-/Postvac-Covid

BDP sieht Handlungsbedarf und fordert Verbesserung der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung

Berlin, 6. November 2023: Valide Zahlen gibt es noch nicht – aber sie könnten in die Hunderttausende gehen: Menschen, die an Long-, Post- und Postvac-Covid erkrankt sind. Für Betroffene bedeutet dies einen eklatanten Einschnitt, der sie, im Zuge einer gesundheitlichen Symptomatik, bei der von einem langfristigen multiorganischen Krankheitsgeschehen gesprochen werden kann, aus ihrem bisherigen Leben reißt.

Die Folge ist oft eine Berufs- und Arbeitsunfähigkeit und deutliche Einschränkung der Lebensqualität sowie auch Teilhabe am sozialen Leben. In einem starken Maße betroffen sind auch Kinder und Jugendliche sowie Menschen aus systemrelevanten Berufen im Gesundheitssystem, das vor diesem Hintergrund an seine Grenzen stößt. Was Betroffenen häufig fehlt, sind Anlaufstellen, wo sie kurzfristige und langfristige Hilfe finden.

In einer Resolution an die Gesundheitsministerien auf Bundes- und Landesebene sowie auch Sozialversicherungsträger und Kassenärztliche Vereinigungen fordert der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen deshalb, eine deutlich bessere psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung anzustreben. Gleiches gilt für eine gebotene Verzahnung mit den entsprechenden medizinischen Fachbereichen in der ambulanten und stationären Behandlung von Betroffenen sowie die Ausweitung eines funktionierenden Selbsthilfenetzwerkes. Hier sind dringend die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat Mitte Juli 2023 eine Initiative Long Covid gestartet, inklusive Servicenummer für Betroffene und einer Aufstockung der Forschungsmittel. Der BDP begrüßt diese Initiative ausdrücklich. Gleichzeitig ist aber klar, dass es einer weit größeren Anstrengung aller im System Beteiligten bedarf, um der großen Zahl an Betroffenen wirksam und langfristig zu helfen.

Neben einer Verbesserung der Diagnostik wird es zukünftig vor allem um die Betreuung bei der beruflichen Wiedereingliederung gehen. Gerade hier wäre therapieunterstützend die Einbeziehung psychologischer und psychotherapeutischer Expertise sinnvoll. Sie kann Betroffenen sowie auch Angehörigen helfen und langfristig Ausgrenzung und Vereinsamung vermeiden. Die Resolution ist ein Appell, die große Zahl Betroffener nicht aus den Augen zu verlieren. Was es jetzt braucht sind zeitnahe, sinnvolle und niedrigschwellige Maßnahmen, die da greifen, wo sie gebraucht werden, und so langfristig auch das Gesundheitssystem entlasten.

Ansprechpartnerin:

Bettina Genée
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fon: +49 176 58868222
Mail: presse@bdp-verband.de